In Nordrhein-Westfalen wird momentan heftig über das Jagdrecht gestritten. Für die Jäger geht es um alles – für die rot-grüne Regierung um den Koalitionsfrieden.
Von Reiner Burger

RINKERODE/NOTTULN/ GEVELSBERG, im April

Wildschweine kirre zu machen ist nicht schwer. Revierjagdmeister Peter Markett streut in einer Lichtung im Hochwildrevier Hohe Ward hier und dort eine Handvoll Maiskörner am Waldboden aus. Über den gelben Häufchen plaziert er jeweils Baumscheiben, damit nicht andere Tiere den Mais fressen. Nur die Schweine sollen ihn hervorwühlen. Das Kirren hat mit Füttern nichts zu tun. Revierjagdmeister Markett geht es darum, das Wild anzulocken, um es im Mondlicht beobachten und entscheiden zu können, welches Tier die Mitglieder des Davert Hochwildrings in der Nähe des münsterländischen Rinkerode demnächst schießen dürfen – und müssen. Denn Wildschweine müssen konsequent bejagt werden. Könnten sich die Schwarzkittel ungehindert fortpflanzen, würden sie zur Plage, nicht nur für das Ökosystem Wald.

In Regionen wie dem Münsterland, wo viele Bauern Schweinemast betreiben, kommt die Angst vor der Schweinepest hinzu. Auch um ihre Ausbreitung zu verhindern, muss der Wildschweinbestand stets konsequent dezimiert werden. Und das geht nur mit den bewährten Jagdmethoden wie eben dem Kirren. Trotzdem soll das Kirren selbst von Wildschweinen nach dem Willen des nordrhein-westfälischen Umweltministers Johannes Remmel (Grüne) stark eingeschränkt werden. Sein Entwurf für eine umfassende Jagdrechtsnovelle sieht vor, dass in jedem Revier auf jede Kirrfläche nur noch ein Liter Getreide ausgebracht werden darf.

Berufsjäger Markett zeigt auf den Boden seines Eimers, der gerade so mit Maiskörnern bedeckt ist. Er schüttelt den Kopf. „Das reicht vorne und hinten nicht.“ Auf den ersten Blick scheint die Kirrung eine Detailfrage eines Nischenthemas zu sein. Wer interessiert sich – abgesehen von den 90 000 Waidmännern in Nordrhein-Westfalen – schon für das Jagdrecht? Doch über keine politische Angelegenheit wird im bevölkerungsreichsten Bundesland derzeit so erhitzt und ausdauernd gestritten wie über die geplante Jagdrechtsnovelle von Umweltminister Remmel. Fünf Regionalkonferenzen organisierte der Landesjagdverband im vergangenen Herbst.
Das Mobilisierungspotential gegen den „grünen Parteilobbyismus“ ist erstaunlich. Bis zu 3000 Waidmänner kamen jeweils, um unter dem Motto „Für Land und Leute! Schluss mit den Verboten!“ ihren Unmut zu artikulieren und einen Keil zwischen die Regierungspartner SPD und Grüne zu treiben. Mitte März fand dann in Düsseldorf die seit Jahren größte Demonstration statt: 15 000 Waidmänner bliesen Remmel vor dem Landtag den Marsch.

Peter Markett sieht in seiner Outdoor-Hose und seiner Outdoor-Jacke aus wie ein typischer Wähler der Grünen. Der 46 Jahre alte Mann ist am liebsten draußen in seinem Revier, inmitten der Natur. Aber am 18. März hat auch Markett sich in die Landeshauptstadt aufgemacht – zur ersten Demo seines Lebens. Es ist ein Stadt-Land-Konflikt, der den Grünen noch gefährlich werden könnte. Sie hatten sich eigentlich vorgenommen, den ländlichen Raum zu erobern. Auf der einen Seite stehen die überwiegend urban orientierten Grünen, die sich nach der Energiewende Ende vergangenen Jahres auf ihrem Bundesparteitag nun den „ökologischen Umbau“ des ländlichen Raums zur Aufgabe gemacht haben. Ein „ökologisches

Jagdrecht“ im strategisch wichtigen Bundesland Nordrhein-Westfalen ist für Grüne wie Remmel dabei ein besonders wichtiger Baustein eines umfassenden Paradigmenwechsels. Es wäre auch ein schönes Signal an die Umwelt- und Naturschutzverbände, die in den vergangenen Jahren allzu oft enttäuscht waren von den Grünen.

Auf der anderen Seite sammeln sich die traditionellen Kräfte jenes ländlichen Raums zum Protest gegen „grüne Bevormundungspolitik“. Sie halten das geplante Jagdgesetz für einen verfassungswidrigen, antidemokratischen und unsolidarischen Eingriff in Eigentumsrechte. Das Gesetz richte sich nicht nur gegen Jagd und Jäger, sondern gegen den gesamten ländlichen Raum, sagt Ralph Müller-Schallenberg, Präsident des Landesjagdverbands Nordrhein-Westfalen. „Und es läuft sogar dem Tier- und Artenschutz zuwider.“ Der geplante Eingriff in den Katalog der jagbaren Arten und die Verkürzung der Jagdzeiten sei maßlos. „Remmel missachtet die Hegeleistung der Jäger für mehr Artenvielfalt.“ Die Waidmänner halten sich zugute, dass sich der Bestand von Arten wie Waldschnepfe, Kolkrabe, Luchs und Wildkatze nicht zuletzt dank ihrer Arbeit positiv entwickelt. Denn auch Tierarten, die nicht bejagt werden dürfen, unterliegen grundsätzlich der Hegeverpflichtung. Um etwa bodenbrütende Vogelarten zu schützen, dürfe der Abschuss von Fressfeinden wie der Krähe und die Baujagd des Fuchses anders als von Remmel vorgesehen, nicht verboten werden, sagt Müller-Schallenberg.

Andreas Fliß betreut mehrere Niederwildreviere rund um Nottuln im Münsterland. Sein Gewehr hat der Revierjagdmeister an diesem Morgen gar nicht dabei. Für ihn und die Border-Terrier-Dame Bienchen gibt es viel mehr zu tun, als nur Tiere zu erlegen. Am Straßenrand haben die beiden gerade einen totgefahrenen Hasen aufgelesen. Im ganzen Land kümmern sich die Waidmänner um die Beseitigung von Unfallwild. „Deshalb ist es für uns Jäger nun ein besonderer Affront, dass der Umweltminister die Jagdsteuer wieder einführen will“, sagt Fliß, als er seinen silbergrauen Geländewagen vor einer Hecke stoppt.

Fliß hat die Hecke selbst gepflanzt. „Jäger müssen Lebensräume schaffen“, sagt Fliß später, als er ein kleines Wäldchen erreicht, in dem er und seine Jagdfreunde einen Teich angelegt haben – als Rückzugsort für Wildenten. „Es ist eine Frechheit, wenn radikale Tierschützer uns vorwerfen, wir täten das nur, um dann Wildenten abzuknallen.“ So engagiert schimpft Fliß über die Verheerungen der Intensivlandwirtschaft, so sehr ereifert er sich über Monokultur, so sehr schwärmt er von der Notwendigkeit, Biotope zu vernetzen, dass man den Waidmann für einen leitenden Funktionär des Naturschutzbunds oder des BUND halten könnte, wenn da nicht das Jagdabzeichen an seinem Hemd wäre. „Ich bin hier im Revier weit und breit der einzige Naturschützer“, sagt Fliß.

Die Grünen waren lange die treibende Kraft in Düsseldorf. Es waren die Grünen, welche die zögerliche SPD-Vorsitzende Hannelore Kraft vor fünf Jahren dazu überredeten, das Wagnis Minderheitsregierung einzugehen. Es waren die Grünen, die 2012 noch konsequenter als die SPD die Auflösung des Landtags vorantrieben und dem rot-grünen Bündnis damit bei der Neuwahl zu einer komfortablen Mehrheit verhalfen. Es waren Grüne wie Umweltminister Remmel, die der SPD vor einem Jahr die Verkleinerung des Braunkohletagebaus Garzweiler abtrotzten. Der späte Erfolg war Balsam für die grüne Seele, die Sozialdemokraten aber hatten schwer zu schlucken. Beim Jagdrecht sollen die Genossen wieder schwer schlucken.

Formal sitzen die Grünen am längeren Hebel. Dem kleinen Regierungspartner war es gelungen, den angeblich notwendigen Paradimenwechsel im Jagdrecht in den Koalitionsvertrag zu schreiben. Die Grünen argumentieren, es gelte, auf den angeblichen Wertewandel in der Gesellschaft zu reagieren. Der Jagd müsse eine breite gesellschaftliche Akzeptanz gesichert werden, deshalb müsse das Jagdrecht an ökologischen Prinzipien und dem Tierschutz ausgerichtet werden.
Schon seit langem warnen gestandene Sozialdemokraten vor der Novelle. Friedhelm Farthmann, der frühere Vorsitzende der SPD-Fraktion im Landtag, bezeichnet das Vorhaben als den „unzulänglichsten Gesetzentwurf“, der jemals in Nordrhein-Westfalen erarbeitet worden sei. „Die Jagd, wie wir sie kennen“, sei in Gefahr, warnte der passionierte Jäger und Waldbesitzer Farthmann auch seine Parteifreundin Kraft in einem persönlichen Brief. „Alles das ist umso bitterer, wenn man bedenkt, dass die Jagd seit Jahrhunderten ein ausschließliches Privileg des Adels war und erst nach der Französischen Revolution und in Deutschland seit 1848 auch für den einfachen Bauern und Bürger nach zähem Ringen erkämpft worden ist.“

Für die Jäger sind solche Sätze schöne Vorlagen. Auf der großen Demonstration vor dem Landtag am 18. März rief Jäger-Präsident Ralph Müller-Schallenberg fast exakt dieselben Worte ins Mikrofon, um sie sodann dramatisch mit Blick auf die Grünen zuzuspitzen. Auf den Tag genau vor 167 Jahren, am 18. März 1848, seien Bürger und Bauern in Berlin niederkartätscht worden. Es seien die letzten Zuckungen des Feudalismus gewesen. Nun stünden die Jäger vor dem Landtag und wehrten sich gegen eine Art Neofeudalismus, der nicht mit Bajonett und Kanonen daherkomme. „Er säuselt den sanften Öko-Sound. Tatsächlich geht es aber darum, Land und Leute zu kujonieren und klein zu machen.“ Die Jägermassen jubelten. Sie riefen: „Remmel weg, hat keinen Zweck.“ Eine Weile beobachtete Remmel die Szene aus sicherer Distanz am Rande der Bannmeile.
Als Johannes Remmel 2010 Umweltminister wurde, gab es in Düsseldorf nicht wenige, die ihn für einen Öko-Ideologen hielten, der vielleicht noch radikaler sei als seine legendäre grüne Amtsvorgängerin Bärbel Höhn. Sie blockierte seinerzeit Industrieansiedlungen mit Hinweis auf gefährdete Feldhamster oder kämpfte – weitgehend erfolglos – gegen den Braunkohletagebau Garzweiler. Dank Höhn hatten es CDU und FDP leicht, die Grünen als Öko-Fundamentalisten hinzustellen. Remmel aber ging selbst mit den Jägern zunächst äußerst geschickt um. Noch auf dem Landesjägertag 2012 verstand er es, die Waidmänner jovial zu umgarnen. Er sei ein „überzeugter Wildfleischesser“, bekannte der Minister in seiner Rede und versicherte, dass er „entgegen mancher Spekulation, entgegen manchem gezielt lancierten Vorurteil die Jagd in unserem Land nicht gegen die Wand fahren“ wolle. Im Übrigen sei es „völlig legitim“, Freude an der Jagd zu empfinden. Doch als Remmel einige Monate später seinen Entwurf vorlegte, sahen die Jäger ihre schlimmsten Befürchtungen noch übertroffen.

Claus Jacobi ist Remmels Gegenspieler von der sozialdemokratischen Basis. „Ich bin der wahre Rot-Grüne“, sagt der 43 Jahre alte Bürgermeister von Gevelsberg und hält zwei gleichgroße Dokumente hoch: sein rotes SPD-Parteibuch und seinen grünen Jagdschein. „Die SPD muss wieder mit mehr Selbstvertrauen gegenüber den Grünen auftreten“, sagt der Kommunalpolitiker.

Als Jacobi 1989 in die SPD eintrat, träumten die nordrhein-westfälischen Sozialdemokraten unter Johannes Rau davon, zu einer Art nordrhein-westfälischer CSU zu werden. Der Plan ging nicht auf, nur einmal noch errang Rau die absolute

Mehrheit. In Gevelsberg aber, das zwischen Wuppertal, Bochum und Hagen erstaunlich ländlich gelegen ist, schneidet die SPD heute noch immer regelmäßig besser ab als die CSU vielerorts in Bayern. Auf 63,5 Prozent kamen die Sozialdemokraten bei den Kommunalwahlen vor einem Jahr. Und Claus Jacobi wurde mit triumphalen 88 Prozent im Bürgermeisteramt bestätigt. Jacobi glaubt, dass die SPD eins sein muss mit ihrer Umgebung, dass sie als Volkspartei für alle da sein muss, die Fußballer, die Imker, die Chöre, die Religionsgemeinschaften. Und Jacobi ist auch überzeugt, dass das Kleine mit dem Großen zusammenhängt: „Für alle da sein, das müsste doch auch für die Bundes-SPD der Anspruch sein, damit sie aus ihrem 25-Prozent-Turm kommt."

Wer für alle da ist, muss auch für die Jäger da sein. Das ist nicht bloß vorpolitisches Kalkül, es ist im roten Gevelsberg gelebte Praxis. Gemeinsam mit einem Dortmunder Anwalt gründete Jacobi vor drei Jahren die „Waidgenossen", den „Initiativkreis sozialdemokratischer Jägerinnen und Jäger" mit mittlerweile hundert Mitgliedern in ganz Nordrhein-Westfalen. Jacobi ist überzeugt: Die Jagd als Dienst an der Allgemeinheit gehört zur Sozialdemokratie. „Natürlich! Die Jagd ist ein Freiheitsrecht." Das bestehende Jagdrecht hält der Jurist Jacobi für bewährt, es gebe überhaupt keinen Anlass für eine Generalrevision. Kaum eine andere Bevölkerungsgruppe leiste mehr für Umwelt-, Biotop- und Artenschutz als die Jägerinnen und Jäger. „Tausende von ihnen verbringen ihre Freizeit ehrenamtlich damit, die natürlichen Lebensgrundlagen unseres heimischen Wilds durch Hege und Pflege zu verbessern."

Auch Jacobi war im März bei der großen Jäger-Demonstration vor dem Düsseldorfer Landtag. Er war froh, als der sozialdemokratische Redner versprach, dass das Gesetz erheblich verändert werde, man „viele Vorschläge" der Jäger übernehmen werde. Entsetzt war Jacobi über Norwich Rüße und Manuela Grochowiak-Schmieding, die beiden Redner der Grünen. Rüße rief der wütenden Menge entgegen: „So zahlreich Sie hier erschienen sind, Sie haben im Land keine Mehrheit." Man werde die Novelle des Jagdgesetzes in Kürze im Landtag verabschieden. „Ich dachte: Das kann doch nicht wahr sein, dass sich eine Partei wie die Grünen mit so basisdemokratischen Wurzeln in dreißig Jahren so verändert hat", sagt Sozialdemokrat Jacobi. Rüße habe die Jäger so autoritär abgefertigt wie einst Franz Josef Strauß Anti-Atomkraft-Demonstranten.

Die grüne Landtagsabgeordnete Grochowiak-Schmieding nutzte dann ihren emotionalen Auftritt, um den Jägern den „Niedergang der Gesprächskultur", „dogmatischen Populismus" sowie „Desinformationspolitik" vorzuwerfen und schließlich ihren „sofortigen Austritt" aus dem Landesjagdverband zu verkünden. Die 15000 Jäger johlten vor Schadenfreude. Es war ein symbolhafter Akt auf offener Bühne. Der Versuch der nordrhein-westfälischen Grünen, sich als treibende Kraft beim „Umbau" des ländlichen Raums zu etablieren, ist einstweilen gescheitert. Wie in der Zeit von Umweltministerin Höhn machen sie es ihren Gegnern wieder leicht, sie als Öko-Ideologen abzustempeln. Für Mittwoch haben die Jäger eine Mahnwache vor dem Landtag angekündigt. Sie wollen Druck auf den Umweltausschuss ausüben, der sich noch einmal mit dem Gesetz befasst. Jäger-Präsident Müller-Schallenberg sagt: „Dann muss die SPD aber auch endlich liefern."